



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/33 - 8.2.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Früherer Beamter der Hochkommission zur Deutschlandpolitik des Westens	S. 1
Sowjetzone Erwartungen im Fall Schörner	S. 3
Vom Gewerkschaftszerstörer zum BHE-Abgeordneten	S. 5
Zum Rücktritt Malenkows	S. 7

## Westdeutsche Aufrüstung nicht zu rechtfertigen

Der Verfasser dieses Artikels J.F. G o l a y war von 1948 - 1953 an hervorragender Stelle bei der Alliierten Hohen Kommission tätig, zuletzt als Generalsekretär und Leiter des amerikanischen Sekretariats der Hohen Kommission. Seine intime Kenntnis der Deutschlandpolitik der Westalliierten, die er sich in vieljähriger Tätigkeit erwarb, macht ihn zu einem entschiedenen Gegner der westdeutschen Aufrüstung. Er sieht in der beabsichtigten Aufrüstung und in der Aufnahme der Bundesrepublik in das Allianz System des Westens nicht nur ein kaum zu überwindendes Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung, sondern auch eine Gefahr für den Weltfrieden.

Die Stellungnahme dieses früheren hohen alliierten Beamten ist in einem Augenblick besonders interessant, in welchem sich die amerikanische Gewerkschaft AFL in einem Appell an die deutschen Gewerkschaften für eine westdeutsche Aufrüstung ausgesprochen hat.

Wir geben seiner Zuschrift an dieser Stelle Raum, obwohl nicht alle in ihr enthaltenen Ideen den Auffassungen der SPD entsprechen.

Warum unterstütze ich - entgegen der Politik meiner Regierung die Sozialdemokratische Partei, die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Jugend in ihrem Widerstand gegen die Pariser Verträge und gegen die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte?

Meine erste Antwort auf diese Frage lautet, dass die Ablehnung dieser Verträge und (wenigstens) ein Aufschub der deutschen Wiederbewaffnung meiner Meinung nach im besten Interesse meines eigenen Landes liegen. Die Amerikaner haben den berechtigten Wunsch, stark genug zu sein, um ihre Freiheit zu verteidigen und mitzuhelfen, die Freiheit anderer Völker zu verteidigen, die das kommunistische System nicht zu übernehmen wünschen oder den Wunsch haben, ihre Entscheidung in aller Freiheit zu treffen.

Aber die Politik der Stärke - Macht gegen Macht und nackte

Gewalt gegen nackte Gewalt - muß, wie in der Vergangenheit, unweigerlich zum Krieg führen, da sie starr und ohne Rücksicht auf besondere zeitliche und örtliche Schwierigkeiten verfolgt wird. In den letzten Monaten haben uns britische, französische und amerikanische Physiker und Biologen eindringlich vor den Folgen gewarnt, die die Menschheit und alles Leben von der in einem Atomkrieg freigesetzten Mengen von radioaktivem Material erwarten muß. Ohne die möglichen Auswirkungen für das ganze Menschengeschlecht zu bagatelisieren, kann man sagen, dass ein solcher Krieg für die Vereinigten Staaten in einem besonderen und entscheidenden Sinn eine Katastrophe bedeuten würde. Dieses "modernste" aller Länder mit seinen hochspezialisierten und stärkstens aufeinander angewiesenen Stadt- und Landgebieten, mit seinen enormen Konzentrationen städtischer Bevölkerungen, die von einem hochkomplizierten (und verwundbaren) Versorgungssystem abhängig sind, könnte kaum erwarten, einen solchen Krieg in einer irgendwie erkennbaren Form zu überstehen.

#### Dem deutschen Interesse zuwider

Daraus ergibt sich, dass Amerika unter Aufrechterhaltung seiner Stärke mit allen Mitteln danach trachten sollte, Kriegsgelegenheiten zu vermeiden. Es sollte den Grundsatz der Ko-Existenz miteinander rivalisierender politischer und sozialer Systeme annehmen und mit allen ihm zur Verfügung stehenden politischen Mitteln versuchen, die bestehenden Differenzen und Spannungen mit den kommunistischen Mächten zu mildern und zu bereinigen. Es folgt ferner, dass Maßnahmen, die angeblich die westliche Gemeinschaft stärken sollen, nur ergriffen werden sollten, wenn klar ist, dass sie 1) tatsächlich eine wirkliche Zunahme der Stärke zur Folge haben und dass sie 2) nicht zur Schaffung, Verewigung oder Verschärfung internationaler Probleme und Spannungen führen. Die Aufrüstung Westdeutschlands, deren notwendige Folge die Verewigung der deutschen Spaltung ist, erfüllt weder die eine noch die andere dieser Bedingungen.

Meine zweite Antwort: Selbst wenn es wahr wäre, dass zwölf westdeutsche Divisionen die Fähigkeit des Westens, sich in einer Welt der Atom- und Wasserstoffrüstung zu verteidigen, wesentlich verbessern würden, wäre es nach meinem Dafürhalten sittlich nicht zu rechtfertigen, wenn die Westmächte um ihrer eigenen Ziele willen dem deutschen Volke eine Maßnahme aufzwingen wollten, die so offenkundig dem deutschen Interesse zuwiderläuft.

In den vergangenen acht Jahren haben die alliierten Besatzungsmächte eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die in ihrem Ergebnis die Spaltung Deutschlands vertieften und bekräftigten. Die meisten dieser Maßnahmen lassen sich insofern vertreten als sie die wirtschaftliche Wiedergesundung Westdeutschlands und das Wohlergehen seiner Bevölkerung förderten. Eine derartige Rechtfertigung ist aber nicht möglich für die letzte und unnötigste dieser Maßnahmen.

Jedes Volk hat den tiefen Wunsch, in einer einheitlichen Gemeinschaft zu leben. Das Streben des deutschen Volkes nach Erlangung oder Wiedergewinnung seiner gebietsmäßigen, staatlichen und kulturellen Einheit ist der markanteste unter den roten Fäden, die die

8.2.1955

neuere und neueste deutsche Geschichte durchziehen. Man kann und darf von den Deutschen nicht erwarten, dass sie um der fragwürdigen Vorteile einer Wiederaufrüstung unter den gegenwärtigen Umständen dieses tiefe und absolut natürliche Streben aufgeben.

#### Lösung innerhalb der UNO

Drittens antworte ich, dass ich mich weigere, zu glauben, dass es den Verstand und den Willen vernünftiger Männer in Ost und West übersteigt, eine Lösung für Deutschland zu finden, die, wenn sie auch nicht alle Teile voll zufriedenstellen würde, doch wenigstens für alle Beteiligten annehmbar wäre. Der sozialdemokratische Vorschlag, eine Lösung innerhalb der Vereinten Nationen zu suchen, liegt meiner Meinung nach auf der richtigen Linie. Ich möchte den Gedanken hinzufügen, dass man für ein freies wiedervereinigtes Deutschland eine Verteidigungstruppe der Vereinten Nationen bilden könnte, die zum Teil aus deutschen Kontingenten und zum Teil aus solchen der gegenwärtigen Besatzungsmächte sowie eventuell anderer Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zusammengesetzt wäre.

Eine solche Regelung würde keine Veränderung im gegenwärtigen Machtverhältnis zwischen Ost und West mit sich bringen (die NATO und das östliche Sicherheitssystem könnten weiterbestehen). Sie würde das deutsche Volk in die Lage versetzen, seinen rechtmäßigen Beitrag zum Schutz der Unabhängigkeit seiner Heimat als Bestandteil einer echten internationalen Organisation zu leisten. Aus einer Übergangslösung könnte sie sich schließlich in ein weiterreichendes europäisches Sicherheitssystem entwickeln, welches eine wesentliche Erleichterung der Rüstungslasten ermöglichen würde.

\* \* \*

#### Pankow und der Fall Schörner

E.Z. - Berlin

Die Reaktion der offiziellen Stellen der Sowjetzone und ihrer Presse ist kennzeichnend für die Verlegenheit, in die Pankow durch den Fall Schörner geraten ist. Seit dem 18. Februar, an dem in der gesamten Zonenpresse das "Dankschreiben" Schörners an die Sowjetregierung und seine Verpflichtung veröffentlicht wurde, "nach all den Beweisen der Menschlichkeit einen Beitrag zu einem tiefen gegenseitigen Verständnis zwischen dem von uns ersehnten einheitlichen demokratischen und unabhängigen Deutschland und der Sowjetunion zu leisten", ist die SED-Presse in ein peinliches Schweigen verfallen. Mit keinem einzigen Wort wurde der Sturm der Entrüstung erwähnt, den die Freilassung dieses Mannes in der westdeutschen Öffentlichkeit

ausgelöst hat.

Pankow und seine Presse hatten allen Grund, mit Stillschweigenden den Fall Schörner zu übergehen. Aus zahlreichen Betrieben der Zone waren in Ostberlin Proteste gegen den "Mordgeneral" Schörner und seine Freilassung eingelaufen. Die Betriebsparteileitungen der SED fragten bestürzt bei den höheren SED-Stellen an, mit welchen Argumenten den nicht zu widerlegenden Ansichten der Arbeiter entgegengetreten werden sollte, die offen erklärten, Schörner sei von den Sowjets nach Westdeutschland geschickt worden. Die Antwort des ZK: Schörner sei kein Fall zur Diskussion und jedes Gespräch darüber müsse abgewürgt werden.

Die "Heimkehr" Schörners muß für die SED nicht weniger überraschend gekommen sein wie für das ganze deutsche Volk, das in diesem Hitlergeneral den Mörder tausender deutscher Soldaten sieht. Fünf Tage vor der offiziellen Pankower Mitteilung über die Rückkehr des Generals nämlich durfte auch die Zonenpresse noch die Wahrheit über Schörner schreiben. Die Betriebszeitung des Ostberliner VEB Glühlampenwerk veröffentlichte den Bericht eines Augenzeugen, in dem geschildert wurde, wie Schörner eines Nachts an der Landstraße eine nach tagelangen Märschen ermüdete und ausgehungerte Kompanie schlafend antraf. Schörner ließ zur Strafe jeden 25. der Kompanie heraustreten und schickte ihn mit dem Lied "Es ist so schön, Soldat zu sein" in den rauen Wald, wo ein Exekutionskommando die standrechtliche Erschießung vornehmen mußte.

In der klaren Erkenntnis, dass die Pankower Propaganda in Westdeutschland sich totgelaufen hat, und dass die Ablehnung der Adenauer Politik einzig und allein auf den sich ständig verstärkenden Einfluß der SPD-Opposition zurückzuführen ist, waren die östlichen Machthaber bei der Schwäche ihrer Position gezwungen, sich eines Mannes zu bedienen, der auch das geringste Recht verwirkelt hat, seine Meinung zu äußern. Schörners Rückkehr nach der Bundesrepublik galt allein der Aufgabe, Verwirrung in die Kreise der unpolitischen westdeutschen Offiziere zu tragen und damit eine Plattform für die sowjetische Politik des "deutschen Patriotismus nach Pankower Muster" zu schaffen. Nicht zufällig fiel in die Zeit der Freilassung Schörners auch jene

von Paulus in Ostberlin geleitete "erste gesamtdeutsche Offiziers-  
tagung", an der 34 ehemalige höhere Offiziere aus Westdeutschland  
teilnahmen.

Die Berliner "Nationalzeitung", deren Wochenausgabe in Massenschen-  
dungen an bestimmte Adressen in Westdeutschland geht, mußte Schör-  
ners Verbrechen einfach abstreiten. "Es könnte ihm nicht nachgewiesen  
werden, dass er 80 000 Russen ermorden ließ, denn dann wäre er von  
einem sowjetischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden." Dass  
aber dieser General noch in den letzten Kriegstagen und nach der  
Kapitulation Tausende deutscher Soldaten durch seine Standgerichte  
ermorden ließ, verschweigt diese sowjetzonale Zeitung, hinter der  
die ehemaligen Nazigeneräle Vinzenz Müller, Ulex, Korff, Lattmann  
u.a. stehen. Pankow hat mit dem "Fall Schörner" seine ganze politische  
und moralische Schwäche aufs neue enthüllt, aber auch im Westen wird  
die SED damit keine Lorbeeren ernten können, auf keinen Fall unter  
der Masse der Bevölkerung.

\* \* \*

Einer von vielen

Wir lesen in der letzten Ausgabe der ÖTV-Presse,  
dem Zentralorgan der Gewerkschaft Öffentliche  
Dienste, Transport und Verkehr:

Wie war das doch damals am 2. Mai 1933? Der Nationalsozialist  
Oskar Krüger, Abteilungsleiter für Propaganda im Presse- und Propa-  
ganda-Amt der Nationalsozialistischen Betriebszellen Organisation  
(NSBO) und der Deutschen Arbeitsfront (DAF), schrieb darüber ein  
Buch mit dem Titel "Die Befreiung des deutschen Arbeiters" und schil-  
derte darin die "revolutionäre" Aktion der NSBO gegen die Gewerkschaf-  
ten. Punkt 10.00 Uhr standen die Obleute der NSBO begleitet von  
SA und SS, vor den Gewerkschaftshäusern in Deutschland, bereit, den  
größten Diebstahl an den organisierten Arbeitern, Angestellten und  
Beamten durchzuführen, indem sie ihnen ihre Häuser, Einrichtungen  
und Vermögen wegnahmen.

Das war auch in Berlin am Michaelkirchplatz 1/2 so, wo der  
Hauptvorstand des "Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der Öffentlichen

Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs" (GV) für das Reichsgebiet seinen Sitz hatte. Die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft wurden verhaftet und alle anderen Angestellten der Organisation durch die SA im Sitzungssaal zusammengetrieben. Dann hielt der Renegat Engel, ein früherer Gewerkschaftsangestellter, der in Berlin mit der Gesamtaktion der NSBO gegen die Gewerkschaften betraut war, eine von Rache dürstende Rede.

Im Anschluß daran stellte er einen jungen Mann im Alter von 26 Jahren in schmucker Uniform eines Amtsleiters der NSDAP als künftigen Leiter des Gesamtverbandes vor, der in seinen ersten Auslassungen verlange, dass alle seine Mitarbeiter, die draußen vor der Tür als Bewerber aus den Reihen der SA, SS usw. Schlange standen, Mitglieder der NSDAP mit der Nummer unter 100 000 sein müßten.

Und wer war dieser von Hitler und Ley zu einem solchen Amt auserkorene und begnadete Jüngling? Der heutige Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Körner der GB/BHE, einer von vielen, der die Demokratie von damals verstiess und einer Diktatur mit Blut und Tränen hörig war.

Und heute? Die Hitler-Diktatur ist in Schutt und Asche versunken. Herr Körner aber scheint sich wieder mit der Demokratie abgefunden zu haben, in der er sogar als Volksvertreter auftritt. Nach dem "Handbuch des Deutschen Bundestages" zu urteilen, will er an die Zeit von 1933 bis 1940 nicht mehr erinnern sein, denn über sein damaliges Wirken als Führer einer der großen Verbände im Rahmen der DDF ist nichts zu lesen. Die von ihm bestimmten Angaben können nur von Eingeweihten in einer bestimmten Richtung gedeutet werden. Freilich, im Verlaufe von mehr als 20 Jahren kann sich ein Mensch wandeln.

Wer aber kann feststellen, ob diese Wandlung echt ist? Es lebt sich doch gut in einem Staate, der den alten Nazis gegenüber milde geworden ist. Das sind die Halbheiten unserer Zeit, die Folgen haben können.

Alarmzeichen aus Moskau

sp - Die Meldung von der Ablösung Malenkows als Chef der Sowjetregierung ist eine der beunruhigendsten Nachrichten während der ganzen letzten Jahre, in jedem Fall seit dem Tode Stalins vor 22 Monaten.

Eine der Ursachen der Ersetzung Malenkows durch Marschall Bulganin, also eines Vertreters der Armee, ist in der von den Westmächten geplanten westdeutschen Aufrüstung <sup>zu suchen</sup> Sicherlich hat auch die Weigerung des Westens eine Rolle gespielt, in der Deutschlandfrage vor der Ratifizierung der Pariser Verträge unter auch für die Sowjetunion annehmbaren Voraussetzungen in Verhandlungen einzutreten. Ob die Furcht Moskaus vor der westdeutschen Wiederaufrüstung berechtigt ist oder nicht, spielt in diesem Zusammenhang keine entscheidende Rolle. In der Verbindung von westdeutschen Divisionen mit der NATO-Strategie sieht die Sowjetunion nun einmal eine für sie entscheidende Bedrohung und diese Einstellung bestimmt ihre politische Haltung.

Es war seit Stalins Tod ein Hauptanliegen der sowjetischen Regierungschefs Malenkow und seines Außenministers Molotow, Wege des Ausgleichs mit dem Westen auch in der Deutschlandfrage zu finden. Der Westen war von äußerstem Mißtrauen gegenüber diesen Bemühungen erfüllt. Seine Politik bestand deshalb im wesentlichen darin, diese Versuche zu ignorieren und an Positionen festzuhalten, die auf dem Höhepunkt der Koreakrise und des Kalten Krieges bezogen worden waren.

Die Abberufung Malenkows ist die Folge einer westlichen Politik, die den Vorgängen und der Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins mit einer vorgefassten eigenen Meinung von dem, was sich in der Sowjetunion abspielte, begegnete und die sich durch nichts so sehr auszeichnete, wie durch einen Mangel an Elastizität und an Phantasie. Dieser westlichen Politik fehlte es vor allem an der Fähigkeit, die besonderen Formen zu begreifen, in die die Nach-

folger Stalins ihr Bemühen um einen Ausgleich der Gegensätze kleiden mußten, wollten sie nicht vor der stalinistisch erzogenen Generation ihres Landes ihr Gesicht verlieren. Wenige Tage vor dem Sturz Malenkows erklärte der Erste Sekretär der KP der Sowjetunion, Chruschtschow, dem amerikanischen Verleger W.R. Hearst jr. auf dessen Frage, wer eigentlich an dem west-betlichen Spannungsverhältnis schuld sei:

"Ihr Amerikaner glaubt, dass wir schuld seien und wir glauben, dass ihr an diesen Verhältnissen schuld seid, weil ihr Stützpunkte rund um unser Gebiet errichtet und versucht, von einer Position der Stärke aus zu sprechen. Bei einer solchen Politik müssen beide Seiten ihre Kräfte steigern. Wenn jeder versucht, stärker zu sein als der andere, kann das selbstverständlich zur Erschöpfung führen und es kann auch zur Anhäufung von Kriegsmaterial führen. Dann ist es möglich, dass ein Funke den Krieg entfesselt."

Es wird vielleicht nicht an Stimmen fehlen, die in der Aberufung Malenkows eine Bestätigung dafür sehen, dass die sowjetische Führung seit Stalins Tod keine ernste Wandlung ihres Kurses beabsichtigte. Eine solche Deutung übersieht geflissentlich die nirgends in der Welt ernsthaft geleugneten Anzeichen einer allgemeinen internationalen Entspannung in der Zeit zwischen dem Tode Stalins und dem Sturz Malenkows. Sie übersieht auch, dass die "Politik der Stärke" nicht zu einem Entgegenkommen der Sowjets, sondern zum Gegenteil, zur Verhärtung ihrer Haltung führen muß.

Die neueste Entwicklung in der Sowjetunion deutet jedenfalls klar unter dem alles überschattenden Eindruck der beabsichtigten westdeutschen Bewaffnung und ihrer Koppelung mit dem riesigen amerikanischen Rüstungspotential wieder auf eine sehr gefährliche Anspannung des Verhältnisses zwischen dem Osten und dem Westen hin. Das ist der beherrschende Gesichtspunkt, unter dem man die alarmierende Nachricht aus Moskau sehen muß.

\* \* \*